

Offshore-Windpark "Bard 1" westlich von Sylt wird zum Milliardengrab- Gaskraftwerke in Bayern rechnen sich nicht

geschrieben von Michael Limburg | 21. Januar 2012

Wie die Internetseite JustSylt nach Capital berichtet entwickelt sich für die umstrittene HypoVereinsbank (HVB) der Offshore-Windpark "Bard 1" zum Milliardengrab.

Und das Wirtschaftsmagazin 'Capital' (Ausgabe 02/2012, EVT 19. Januar) berichtet, das die Unicredit-Tochter die Risikovorsorge für drohende Verluste aus dem sich verzögernden Projekt um knapp 70 Prozent auf 710 Millionen Euro aufgestockt hat.

Bereits im August 2011 hatte die Bank eine zusätzliche Kreditlinie von 860 Millionen Euro gewährt. Die bislang geheim gehaltenen Zahlen musste die HVB jetzt wegen der milliarden schweren Kapitalerhöhung der italienischen Mutter Unicredit Anfang Januar im Börsenprospekt offenlegen.

Bankintern werden die Kosten des in der Nordsee liegenden Windparks inzwischen auf 2,9 Milliarden Euro geschätzt. Diese werden zunächst komplett von der HVB getragen, da die Bank der einzige Finanzierer des Projekts ist. Der mögliche Verkaufserlös, wenn der Park fertig gebaut ist, beläuft sich Brancheninsidern zufolge auf weniger als zwei Milliarden Euro.

Der 2009 gestartete Bau des Riesenkraftwerks mit 80 Windrädern und 400 Megawatt Leistung liegt wegen technischer Schwierigkeiten mehr als zwei Jahre hinter dem Zeitplan zurück. Bislang sind in dem Windpark, der 2011 ans Netz hätte gehen sollen, erst 19 Turbinen installiert. Die HVB hatte 2007 den Kredit für das Projekt zugesagt, ohne dass es Eigenkapitalgeber gab. Die Stadtwerke, die eigentlich einsteigen wollten, haben die Verträge nie unterschrieben.

Süddeutschland findet keine Gasinvestoren

In Bayern und Baden-Württemberg soll Atomstrom durch Gaskraftwerke ersetzt werden. Doch die Länder finden dafür keine Geldgeber – nun sind Teile der Energiewende in Gefahr.

Bayern, wirtschaftlich sehr erfolgreiches Bundesland, dessen Strombedarf zu 58 % aus Kernkraftwerken stammte und das bisher von landschaftsverschandelnden Solar und Windkraftanlagen weitgehend verschont blieb, muss nun erkennen, dass die irrwitzigen Blümenträume

der Energiewende auch in diesem Bundesland nicht reifen. Wegen des Atomausstiegs der schwarz-gelben Regierung unter Beteiligung der CSU müssen nun schnellstens Ersatzkraftwerke her. Mit Gas befeuert, was denn sonst. Doch, die Investoren wollen die nicht bezahlen. Sie rechnen sich nicht! It's the economy, stupid!
So schreibt die FTD am 19.1.12

In Süddeutschland brauchen wir dringend zuverlässigen Ersatz für die Kernkraftwerke", sagte der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) der FTD. "Doch das Problem in den Gesprächen mit den Investoren ist immer wieder die mangelnde Rentabilität." In den vergangenen Monaten hat Bayerns Staatsregierung etwa Gespräche mit dem russischen Gaskonzern Gazprom geführt, allerdings ergebnislos. "Gazprom ist sehr interessiert, wartet aber noch ab", sagte Zeil."

und im grünen Baden-Württemberg sieht die Situation nicht anders aus:
Wieder die FTD

In Süddeutschland gerät die Energiewende damit zunehmend in Gefahr. Die Region leidet am stärksten unter dem Atom-Aus.

Der Südwesten hat das gleiche Problem wie Bayern. "Es gibt in Baden-Württemberg keine Anreize für neue Kraftwerke", sagte der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne)...

natürlich hat der grüne Minister Untersteller auch gleich einen Lösungsvorschlag für dieses Problem. Nein, nicht was vernünftige Leute tun würden, nämlich das EEG abzuschaffen und den Atomausstieg zurückzunehmen...nein, er schlägt einen neuen Fördertatbestand vor: nämlich...

...ein Modell für einen bundesweiten Fördermechanismus (vor), der Kraftwerke einfach für ihr Vorhandensein bezahlt. Demnach solle bei der Netzplanung ein für die Versorgungssicherheit nötiger Mindestkraftwerkspark definiert werden.

Vielleicht lautet der Wahlspruch der sonst findigen Baden-Württemberger bald so:

Wir können alles – außer rechnen!

Und Bayern zahlte bisher, ob seines Erfolges mehr als 50 % des Gesamtbetrages in den "Länderfinanzausgleich" ein, Baden-Württemberg und Hessen den Rest. Das wird nicht so bleiben, aber dass ist unser kleinstes Problem. Ein kleiner Lichtblick ist das bankrotte aber trotzdem sonnige Spanien. Dort will man bald Politiker die zu viele Schulden machen ins Gefängnis stecken.

die Redaktion

Quellen: JustSylt mit Dank an Gegenwind Dr. Zielinski und Leser Demmig für Hiweise auf die FTD (links dazu im Text)